

Laibacher Zeitung.



Nr. 278.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. 7-50.

Dienstag, 3. Dezember.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 5 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1878.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 23. November d. J. den Vergrath Alois Bouthillier der Berghauptmannschaft in Klagenfurt zum Oberberggratze allergnädigst zu ernennen geruht. Mannsfeld m. p.

Am 30. November 1878 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slowenische, kroatische und romanische Ausgabe des am 13. August 1878 vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe erscheinenden XL. Stückes des Reichsgezeßblattes ausgegeben und veröffentlicht. („W. Ztg.“ Nr. 282 vom 30. November 1878.)

Nichtamtlicher Theil.

Das Exposé des Grafen Andrássy.

I.

In der am 30. v. M. in Pest stattgefundenen Sitzung des Budgetausschusses der österreichischen Delegation trug Se. Excellenz der Herr Minister des Aeußern, Graf Andrássy, das bereits angekündigte, mit allgemeiner Spannung erwartete Exposé vor, in welchem er die Gesichtspunkte der österreichisch-ungarischen Orientpolitik sowie die Genese der bosnischen Occupation darlegte und mit rückhaltsloser Offenheit auf die vielfachen Anfeindungen erwiderte, die er in letzterer Zeit in seiner Eigenschaft als leitender Minister der auswärtigen Politik in- und außerhalb der parlamentarischen Körperschaft erfahren hatte. Es ist uns aus mehreren Gründen leider nicht möglich, diese hochinteressante mehrstündige Rede des Herrn Ministers ihrem vollen Wortlaut nach mitzutheilen, wir müssen uns daher darauf beschränken, die wesentlichsten Stellen derselben in einem erschöpfenden Auszuge hier folgen zu lassen. Graf Andrássy sagte:

„Meine Herren! Es war am Vorabende des Berliner Kongresses, daß ich zum letzten male die Ehre hatte, mich über die politische Lage vor Ihnen zu äußern. Nunmehr sind die Resultate der Regierungspolitik ersichtlich; sie liegen Ihnen vor im Vertrage von Berlin. Betreffs der Darstellung seiner Politik befindet sich der Minister des Aeußern in Oesterreich-Ungarn in ganz exceptioneller Lage. Ohne direkten Contact mit den Vertretern der beiden Reichshälften — also auch ohne eigentliche Partei, — hat er nicht Gelegenheit, über die Ergebnisse seines Vorgehens sich sogleich zu äußern, wenn die erste Impression seiner Politik in der öffentlichen Meinung zutage tritt. Unter den tausendfachen falschen Auffassungen und oft irrigen Nachrichten, welche aufstauden, der Wahrheit jedesmal zum Durchbruche zu verhelfen, ist eine Aufgabe, der ich wenigstens mich nicht gewachsen fühle. Verläßt sich aber der Minister auf die Resultate und auf das Gesamtbild seiner Politik, so irrt er: denn bis er zum Worte kommt, erscheinen unter dem Einbrücke der vorgefaßten Meinungen die Thatfachen selbst in einem anderen Lichte.“

„Diese Situation war mir aber gegeben; ich kann sie nicht ändern. Es blieb mir nichts übrig, als die Delegationen abzuwarten, um von meinen schlecht informierten Richtern an die besser zu informierenden zu appellieren. Ich constatire, daß die Vorwürfe, die der Regierungspolitik im vorigen Jahre — vor dem Kongresse — gemacht wurden und die derselben seither gemacht werden, ganz verschiedener Natur sind. Damals hörte man jagen, die Regierung hätte den Zeitpunkt veräußert oder werde den Zeitpunkt veräußern, um das Ansehen der Monarchie und ihre moralischen und materiellen Interessen zu wahren. So hieß es noch bis unmittelbar vor dem Zusammentritte des Kongresses und auch noch während desselben. Heute sind diese Anklagen verstummt. Niemand sagt, daß Oesterreich-Ungarn zu spät gekommen sei, um seinen Einfluß auszuüben, sondern man sagt, es hätte denselben geübt. Die Anklage concentrirt sich hauptsächlich auf einen Punkt: auf die Annahme des europäischen Mandates, auf die Occupation. Ich will mich also in erster Linie mit dieser Frage beschäftigen.“

„Es sind hiebei zwei Momente zu erwägen: die politische und die Geldfrage. Ich werde die beiden Standpunkte getrennt erörtern. Ich muß dies thun, denn anders stellt sich die Frage der jedenfalls schweren

Geldopfer, wenn es bewiesen werden kann, daß es möglich war, die Occupation zu vermeiden, ohne den Staat viel größeren Opfern an Geld und Blut auszusetzen, — und anders, wenn sich das Gegentheil erweisen läßt.“

„Wer die Resultate des Krieges im Orient, wie sie bis heute für die Monarchie vorliegen, einer unparteiischen Beurtheilung unterziehen will, muß constatiren, daß die Monarchie, ohne an dem Kriege, der allen Betheiligten so viele Opfer gekostet hat, theilgenommen, während des Krieges auch nur Einen Mann aufgestellt zu haben, an Ansehen nicht verloren, sondern gewonnen hat; daß sie zur Entfaltung eines Theiles ihrer Wehrkraft nur nach dem Kriege und nur zum Zwecke einer klar umschriebenen Aufgabe gezwungen war. Diese Aufgabe war die Occupation und Administration von Bosnien und der Herzegowina: also die Einbeziehung zweier Provinzen in den Machtbereich der Monarchie. Prinzipiell könnte die Constatirung dieser Sachlage kaum gegen die Politik der Regierung ausgenützt werden. Ja, dieser Stand der Dinge könnte im Vergleiche mit manchen Antecedentien unserer Vergangenheit als für die Bilanz der Regierungspolitik entschieden günstig anerkannt werden. Ich aber will aus der Constatirung dieser Sachlage keine solchen Folgerungen ziehen. Ja, ich stelle selbst den Satz auf: daß, wenn auch — nach einem Kriege, dessen Hauptgefahr in der möglichen Verschiebung der Machtverhältnisse zu unseren Ungunsten gelegen war — es jedenfalls ein besseres Resultat zu nennen ist, wenn neue Provinzen in den immediaten Machtbereich der Monarchie gezogen werden, als wenn das Gegentheil geschehen wäre, diese Thatfache an und für sich selbst noch nicht als Beweis für die Richtigkeit der von der Regierung befolgten Politik betrachtet werden muß.“

„Die österreichisch-ungarische Monarchie ist groß genug, um keine Territorialvergrößerung zu brauchen. Es kann ihr infolge ihrer Zusammensetzung und ihrer Constatirung eine jede Annexion eine Quelle von Verlegenheiten werden. Was die Monarchie in erster Linie bedarf, ist ihre intensive Entwicklung und nicht ihre extensive Ausdehnung. Weil dies ihre Aufgabe ist, ist ihr Bestand und ihre Kräftigung als eine europäische Nothwendigkeit erkannt und fließt die Ausführung ihrer natürlichen Mission den europäischen Mächten nicht Mißtrauen, sondern Vertrauen ein. Ich habe diese Ansicht vor Jahren ausgesprochen und bin auch heute der nämlichen Ueberzeugung.“

„Ich gehe weiter und nehme keinen Anstand, zu erklären, daß, wenn der Gedanke, welcher der Regierungspolitik zugrunde gelegen ist, derjenige gewesen wäre, den ihr ihre Gegner im guten oder schlechten Glauben unterlegen wollen, nämlich der: die Krise im Orient zum Zwecke der Annexionierung von zwei Provinzen der Türkei auszunützen, — ich dann, auch nach gelungener Durchführung dieser Aufgabe, mit einem ebenso entschiedenen mea culpa vor die Delegation treten müßte, als ich heute — wie immer das Urtheil lauten mag — demselben mit dem ruhigen Bewußtsein entgegen sehen kann, alles vermieden zu haben, was zu vermeiden, und alles erreicht zu haben, was zu erreichen war.“

„Um nun darüber ein begründetes Urtheil fällen zu können, ob die durch die Regierung befolgte Politik eine den wahren Interessen Oesterreich-Ungarns entsprechende war, müssen folgende Fragen geklärt werden: 1.) Ist die Annahme richtig, daß die Occupation von Bosnien und der Herzegowina das Ziel war, welches die Regierung zu erreichen getrachtet hat? 2.) War es unter den gegebenen Verhältnissen möglich, der Occupation auszuweichen, ohne vitale Interessen der Monarchie aufzugeben und sie größeren Opfern an Geld und Blut auszusetzen, als die Occupation erheischt hat? 3.) Ob, wenn auch die Occupation sich als unabwieslich erwiesen hat, dieselbe nicht, unter politisch und militärisch günstigeren Verhältnissen, früher oder später hätte erfolgen können?“

„Was nun den ersten Punkt anbelangt, ist die Stellung der Regierung eine sehr leichte. Um die Behauptung: die Politik der Regierung sei darauf gerichtet gewesen, die Occupation unvermeidlich zu machen, zu entkräften, braucht die Regierung nicht die Bitte an die Vertretungskörper zu richten, ihren Versicherungen Glauben zu schenken. Sie kann das Gegentheil an der Hand der Thatfachen sonnenklar beweisen.“

„Die ersten Vorboten der kommenden Ereignisse waren die Collisionen bei Podgoriza und Kolaschin zwischen Montenegro und der Türkei. Als diese Be-

wegung ausbrach, haben wir auf die Versöhnung zwischen Montenegro und der Türkei hingearbeitet. Und es ist uns gelungen, dieselbe in beiden Fällen zu erreichen. Als später die Bewegung in der Herzegowina ausbrach, haben wir jede Einmischung in die bosnisch-herzegowinische Verwicklung zu vermeiden gesucht und dahin gewirkt, daß auch andere Mächte sie vermeiden. Als dies nicht mehr möglich war, konnten wir allerdings fremde Einwirkung nicht allein walten lassen. Auch wir mußten den uns gebührenden Einfluß üben. In welcher Richtung ist dies geschehen? Waren wir bemüht, die Conflictte zu verschärfen? Haben wir die Tendenz verfolgt, eine radicale Lösung herbeizuführen? Haben wir erklärt, eine Lösung dieser Frage durch die Türkei sei nicht zu erwarten? Nein. Wir waren bestrebt, einen europäischen Conflict, eine Los-trennung dieser Provinzen von der Türkei hintanzuhalten. Wir waren bestrebt, mit Hilfe Europa's eine Lösung zu finden, welche als der einzig mögliche Versuch gelten konnte, Bosnien und die Herzegowina der Pforte zu erhalten.“

„Wir haben die sogenannte Reformnote vorgeschlagen. Europa hat sie der Pforte vorgelegt — die Pforte hat sie im Principe angenommen. Jedermann war überzeugt, daß ihre Durchführung die einzige Chance biete, die Integrität der Türkei zu erhalten. Wir haben die weitgehenden Verlangen der Insurgenten als unbegründet erklärt und jeden Einfluß dahin verwendet, daß dieselben die Conditionen der Pforte annehmen. Wir ließen nichts unversucht, sie dazu zu bewegen. Was uns fehlte, war die Möglichkeit, sie dazu zu zwingen. Sie waren eben der Machtphäre anderer näher als der unsrigen. Unsere Haltung gegenüber der Mission Sumarokoff ist bekannt. Rußland machte uns den Vorschlag, zum Zwecke der Garantie der Durchführung der Reformen in der Türkei Bosnien zu besetzen, während Rußland das Gleiche in Bulgarien thun würde. Trotz der freundschaftlichen Beziehungen zu diesem Nachbarreiche, auf welche wir aus Rücksichten der Erhaltung des europäischen Friedens großen Werth legen mußten, haben wir den Vorschlag, der unsere Truppen nach Bosnien geführt hätte — abgelehnt. Unsere Stellung der Konferenz von Konstantinopel gegenüber ist aus dem Rothbuche ersichtlich. Ich will es nur damit ergänzen, daß ich niemandem gegenüber ein Geheimnis daraus machte, daß ich die Anträge derselben immer für zu weitgehend erachtet habe. Wenn unsere Bevollmächtigten sich dennoch allen den gefaßten Beschlüssen anzuschließen hatten, so geschah dies, weil die Gefahr vorlag, durch die Secession einer einzigen Macht die Pforte zu einem Widerstande zu ermuntern, der zum Kriege führen konnte und uns die Verantwortlichkeit für denselben aufgebürdet hätte. Hierauf folgte das Londoner Protokoll. Nachdem auch die Einstimmigkeit der Mächte zu keinem Resultate geführt, war unsere Haltung eine freiere geworden. Wir haben mit Erfolg die Ansicht vertreten, daß man von der Pforte nicht die Ausführung des Konferenzprogramms, sondern bloß die Ausführung jener Punkte verlange, die sie selbst zugesagt hatte. Als dann die Pforte im Begriffe war, das Protokoll ihrerseits abzulehnen, und die russische Kriegserklärung auf dem Wege war, waren wir — wie das Rothbuch beweist — die letzten, die noch einen Versuch zur Erhaltung des Friedens unternahmen.“

„Dies war unsere Haltung bis zum Ausbruche des Krieges. Wir haben nichts unversucht gelassen, um den Krieg zwischen Rußland und der Türkei hintanzuhalten. Wir wollten die Reformen auf dasjenige reduciren, was die Pforte friedlich annehmen konnte, und die Ausführung ihr selbst, und zwar ohne festgesetzten Termin überlassen. Ich frage nun: konnte die Regierung nicht mit ehrlichem Gewissen sagen, daß ihre Politik das Streben nach Ländererwerb ausschließe? Ist dies die Politik, die sich die Erwerbung von Bosnien und der Herzegowina zum Ziele gesteckt haben soll? Nein, meine Herren! Man kann einer Regierung alles mögliche zumuthen. Daß sie sich aber ein Ziel stecke und in jeder Frage, in jeder Phase, sei sie groß oder klein, gerade das Gegentheil dessen thue, was sie hätte thun müssen, um das sich selbst vorgesteckte Ziel zu erreichen, das heißt ihr doch entweder zu viel Einfalt oder einen solchen Grad von Machiavellismus zumuthen, der mehr dem Lächerlichen als dem Sublimen anheimfallen müßte. Ihr Standpunkt war — weil die Monarchie groß genug ist, um keiner Ausbreitung zu bedürfen; weil unsere

finanziellen Verhältnisse eine entschiedene Schonung der Steuerträger imperativ verlangen; weil bei der Constituierung unserer Monarchie eine jede Annexion uns bedeutende Verlegenheiten schaffen müßte — einfach der folgende:

„So lange Aussicht vorhanden war, daß die Türkei, als legitime Besitzerin dieser Provinzen, ihre Autorität daselbst in irgend einer Form halten kann, alles zu vermeiden, was uns zu einer nothgedrungenen Occupation führen könnte. Sobald es sich aber herausstellte, daß die Türkei nicht mehr in der Lage sei, diese Provinzen zu behaupten, sobald diese Länder auf dem Sprunge stehen, Herren zu wechseln, mußten wir es als Pflicht gegen uns selbst betrachten, die Lösung durch die Occupation ins Auge zu fassen.“

„Dies war der Standpunkt der Regierung. Die Regierung wollte die Occupation von Bosnien und der Herzegowina vermeiden, sie konnte also nichts anderes sagen, als daß sie sich dieselbe nicht zum Ziele gesetzt. Sie konnte aber auch nicht sagen, daß sie die Occupation als ausgefallenen betrachtete, weil sie die Voraussicht haben mußte, daß sie ihr durch die Ereignisse aufgezwungen werden kann.“

Der Belagerungszustand über Berlin.

Die deutsche Residenz sammt Umgebung ist vom 29. v. M. an vorläufig auf die Dauer eines Jahres in den sogenannten kleinen Belagerungszustand versetzt. Auf Grund des Socialistengesetzes ist nämlich das Tragen von Waffen jeglicher Art jedem Unbefugten strengstens untersagt, und es kann, nach Ermessen der Behörde, jede als sicherheitsgefährlich beargwöhnte Person aus dem Bereiche der Hauptstadt entfernt werden. Motiviert wird diese Verschärfung der polizeilichen Ueberwachung zwar nicht ausdrücklich, aber thatsächlich durch den Umstand, daß der Kaiser von Deutschland am nächsten Donnerstag nach Berlin zurückkehrt und daher eine erhöhte Wachsamkeit gegenüber den social-demokratischen Bestrebungen und deren Anhängern nothwendig erscheine.

Wie ein offizielles Communiqué versichert, hat die deutsche Regierung die jüngsten Ausnahmemaßregeln nicht ohne die gewichtigsten Gründe getroffen. Es ist unzweifelhaft, daß geheime Vereinigungen engerer Kreise, welche durch Vertrauensmänner miteinander in Verbindung stehen und einer bestimmten Parole bekannter Führer folgen, in der Art alter Mazzinisten-Verbindungen über den Boden des Staates, namentlich der Hauptstadt, verbreitet werden. Es gibt bestimmte Anzeichen dafür, daß die Agitation in Berlin mit der internationalen Leitung in enger Verbindung steht. Angesichts dieser Thatfachen ist es die Pflicht der Regierung, die ihr zum Schutze der Gesellschaft gegebenen Waffen zu brauchen, ehe es zu spät ist, namentlich das Netz der internationalen Agitation, welches, entchiedenen Anzeichen zufolge, auch Berlin zu einem Hauptmittelpunkte gemacht hat, zu zerreißen.

Die Berliner Blätter äußern sich über die Verhängung des „kleinen“ Belagerungszustandes mit der nöthigen Reserve. So schreibt die „National-Zeitung“: „Zu einem Urtheil über die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit der getroffenen Maßregeln fehlen uns die speziellen Anhaltspunkte. Die zwei Mordanschläge auf den Kaiser, die in Spanien und Italien vorgekommenen analogen Verbrechen haben die schweren Gefahren enthüllt, von denen die gekrönten Häupter Europa's bedroht sind; einerlei, ob es eine Verschwörung ist, die in dieser Weise bald hier, bald da aufzuckt, oder ob ein ansteckender Wahnsinn durch Europa geht, eine finstere Verbindung herostratischer und anarchistischer Gelüste. Ob außer diesen allgemeinen Thatfachen die Regierung noch besondere bedrohliche Vorkommnisse in Erfahrung gebracht hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Das Gesetz schreibt vor, daß über jede in Gemäßheit des § 28 getroffene Maßregel dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt Rechenschaft gegeben werden soll; die Ablegung dieser Rechenschaft müssen wir abwarten. Inzwischen trägt die Staatsregierung, trägt die Berliner Polizeiverwaltung die Verantwortlichkeit dafür, daß in dem Maße des gesetzlich Zulässigen alle Maßregeln getroffen werden, welche die Sicherheit der Dynastie zu schützen vermögen. Wir unterstellen sicher mit Recht, daß um deren Schutz es sich vorstehend in erster Reihe handelt. Die Staatsregierung handelt auf ihre Verantwortung im Rahmen des Gesetzes in einer ernstesten und gefährlichen Periode; wir haben keine Veranlassung, ihr Vorgehen im Augenblick irgendwie zu beanstanden. Das schließliche Urtheil müssen wir der Zeit überlassen, wo die Regierung vor dem Reichstag ihre Gründe entwickelt haben wird, wo die Art der Ausführung und die Ereignisse selbst gesprochen haben werden.“ Es hieß allerdings, die Regierung sei geheimen Umtrieben und der Fabrication von Sprenggeschossen auf der Spur, und es soll im Bundesrathe dieserhalb Mittheilung gemacht worden sein. Eine Bestätigung der Meldung liegt jedoch bisher noch nicht vor.

Vom englisch-afghanischen Kriegsschauplatze.

Die Vermuthung, daß die Engländer im Keiber-Passe von zwei Seiten, in Front und Rücken, angegriffen werden dürften, hat durch ein Telegramm aus Lahore vom 1. d. M. rasch Bestätigung gefunden. Die Afridis-Stämme scheinen die Subsidien, welche ihnen von der indo-britischen Regierung für ihre Neutralität bewilligt wurden, eingesackt, gleichzeitig aber auch den Beschluß gefaßt zu haben, ihr altes Räuberhandwerk sogleich aufzunehmen, wenn es die Umstände gestatten. Die Engländer ihrerseits haben wol der Vertragstreue und den Versprechungen der Afridis mehr Glauben geschenkt, als dieselben verdienten, und infolge dessen ihre Rückzugslinie nicht durch genügende Streitkräfte gesichert. Die Gelegenheit war zu günstig, und die Afridis, welche noch vor wenigen Tagen die retirierenden Afghanen ausplünderten und bis auf die Haut beraubten, fielen nun über die englischen Traincolonnen her. Jetzt erst haben die Engländer theilweise jene Maßregeln ergriffen, welche gar nicht hätten unterlassen werden sollen. Man hat einige Truppenabtheilungen offenbar von Dschumrud gegen Ali-Musjid geschickt, wo der Paß von den Afridis gesperrt ist. Es ist indeß fraglich, ob dies genügen wird, um die Communication im Keiber-Passe dauernd offen zu halten. Hierzu bedarf es vor allem der Anlage einer aus kleineren Forts und Blockhäusern bestehenden Postenkette, wie sie die Russen seit Jahren auf sämtlichen Straßen des Kaukasus errichtet haben.

Alle Berichte stellen, wie dem „Standard“ aus Lahore gemeldet wird, die Vertheidigung der Afghanen als vollständig desorganisiert durch den Fall von Ali-Musjid dar. Bei Lundi-Khana waren Verschanzungen aufgeworfen, aber sie wurden verlassen, bevor der erste britische Soldat in Sicht kam. Die Panik scheint vollständig gewesen zu sein, und die Flucht ward durch den Kurd-Keiber-Paß, sechs englische Meilen oberhalb Daffa fortgesetzt. Wie viel weiter sie sich ausdehnte, ist ungewiß. Doch sind Gerüchte im Umlauf, daß bis nach Jellalabad Schrecken und Verwirrung sich verbreitet haben. Die kleinen Gebirgsstämme ergreifen die Gelegenheit, um gegen die Herrschaft des Emirs sich zu empören, und dieser ganze Theil des Landes scheint in einem Zustande der Insurrection sich zu befinden. Der Häuptling der Lapura-Momands, jenseits des Flusses, gegenüber Daffa, ist nach Lahore gekommen, um Sir S. Browne seine Unterwerfung unter britische Oberhoheit anzuzeigen und sein Wöhlgeschick zu versprechen, Vorräthe herbeizuschaffen. Man glaubt, daß General Browne von dieser Panik so viel Vortheil ziehen werde, daß er des Kurd-Keiber-Passes sich bemächtigen könne, der äußerst schwer passierbar ist und, wenn er in Händen der Afghanen verbliebe, bis zum Frühlinge sehr stark gemacht werden könnte.

Eine der größten Schwierigkeiten dieses Krieges für die Engländer bereitet der Munitions- und Verpflegungspark, insbesondere für die Kurum-Division. „Peshawar — so äußert sich die „Allgemeine Zeitung“ über diesen Punkt — ist an sich schon ein großer Stapelplatz; die Umgebung liefert Naturalien, die Eisenbahn ist eröffnet bis Dschelam am Flusse gleichen Namens und im Ausbaue bis Peshawar begriffen; der Bahnkörper ist mit Schienen demnächst bis Rawalpindi belegt. Für Quetta gestaltet sich die Lage günstig, weil für Versorgung der dortigen Garnison ein Trainpark bereits seit 1876 besteht, das erforderliche Getreide und Futter in der Nachbarschaft zu kaufen sind und mancherlei Kriegsbedarf, wie warme Kleider und Mäntel, schon vor einiger Zeit beigegeführt werden konnte. Anders dagegen verhält es sich mit Edwardesabad und Thall. Der nördliche Theil des Bezirkes Bannu ist noch vom Salzgebirge ausgefüllt, der Rest ist meist ausgetrockneter Steppenboden; mit dem Hinterlande erschwert der breite Indus den Verkehr, bei Kalabagh steht die einzige Fähr, die auch einen größeren Andrang bewältigen kann; die als Chauffee ausgebaute Heerstraße über den Kohat-Paß nach Peshawar führt meist hart an der Grenze hin, der Paßübergang liegt sogar jenseits derselben. Im Vorjahre waren 15,000 Kameele erforderlich, um eine knapp 2000 Mann zählende englisch-indische Operationsarmee zu versorgen, die einige Tagereisen in das Afridis-Gebiet vorzuschieben war; für den gegenwärtigen Krieg ist der Bedarf der Division an Transportmaterial für einen Monat berechnet: für Munition und Lagergepäck auf 1500 Kameele, 1200 Esel; für Proviant auf 3700 Kameele; für Nachschubcolonnen 4000 Kameele und Esel; an Tagelöhnern, Treibern und Trägern 2700 Mann. Die Thiere mußten bis aus Raschputana beigetrieben werden, geübte Sanitätsträger waren nur im fernen Südbhien noch aufzufinden und wurden mit ihren Geräthen etliche tausend Kilometer weit auf der Bahn bis Lahore heraufbefördert. Eine schmalspurige Eisenbahn Peshawar-Kohat-Bannu ist aus Anlaß der gegenwärtigen Verwicklungen geplant und bereits vermessen. Den Ernst der Lage kennzeichnet auch die Ordre, daß sämtliche in Eingeborenen-Frontregimentern als Offiziere, Aerzte und Intendantenbeamte eingetheilte Europäer ihre den

Europäer verrathende Kopfbedeckung, den Korkhelm, bei Ueberschreitung der Grenze mit dem Turban zu vertauschen haben.

Zur Orientfrage.

Aus Konstantinopel meldet man einen partiellen Ministerwechsel. Server Pascha wurde zum Minister des Innern, Kurisch Pascha zum Justizminister und der Armenier Dhammes Tschamitsch Stenbol zum Minister für öffentliche Arbeiten ernannt. Eine besondere politische Bedeutung ist mit diesem Personenschub nicht verbunden, dagegen wird es sehr bemerkt, daß zwischen der Pforte und dem rumänischen Gesandten Bratiano eine große Intimität herrscht. Man glaubt, daß diese markierte Annäherung zwischen Rumänen und Türken nicht ohne Einfluß auf die Entschlüsse Russlands bezüglich der Dobrudscha gewesen ist. Russland hatte, wie die „Turquie“ meldet, in der That eine Note an das Bukarester Kabinett gerichtet, in welcher es eine befestigte Stappenstraße durch die Dobrudscha begehrte, diese Note aber nachträglich desavouiert. Jetzt geht die Occupation der Dobrudscha durch die rumänischen Truppen in durchwegs ungestörter Weise und ohne Zwischenfall vor sich. Die rumänischen Truppen werden überall mit Enthusiasmus empfangen. Die bulgarischen Einwohner enthalten sich sorgfältig jeder wie immer gearteten Demonstration. Die rumänische Delegation wurde von der ganzen Bevölkerung, dem bisherigen russischen Gouverneur der Dobrudscha, dem Konsulcorps und dem gesammten Klerus schon im Hafen empfangen und herzlich bewillkommt. Es begreift sich, daß angesichts dieser Vorgänge in Bukarest eine sehr gehobene Stimmung platzgegriffen hat. Fürst Carol wurde bei Gelegenheit der Kammereröffnung von den Vertretern des Landes enthusiastisch empfangen und die Thronrede mit nicht enden wollenden Beifälle aufgenommen.

Nicht in gleichem Maße wohlgenuth ist die Stimmung in Serbien. Aus Belgrad meldet man der „Pol. Korr.“, die internationale Kommission zur Regulierung der Grenze zwischen Serbien und der Türkei sei theils wegen des nicht erzielten Einvernehmens zwischen den Kommissionsmitgliedern, theils wegen des von Seite der Armaten geleisteten Widerstandes unverrichteter Sache auseinandergegangen. Ein russischer Courier wäre in Nisch eingetroffen, dem man eine politische Mission zuschreibe, und es sei möglich, daß die große Stupschina einberufen werde. Andererseits freilich heißt es, die Kommission habe ihre Arbeit nur wegen der vorgerückten Jahreszeit bis zum Frühjahr verlagert.

Der gegenwärtige Stand der Unterhandlungen über den Abschluß einer türkisch-österreichischen Convention, die gemeinsame Besetzung des Paschaliks Novibazar betreffend, läßt sich, wie man der „N. fr. Pr.“ aus Konstantinopel schreibt, dahin zusammenfassen, daß vorläufig alle Pourparlers zwischen dem Grafen Zichy und Savjet Pascha erfolglos geblieben sind. Man ist zwar türkischerseits nach wie vor nicht abgeneigt, den Bestimmungen des Berliner Vertrages gemäß sich über das Oesterreich im Art. 25 des Vertrages vorbehaltene Recht, freie Militär- und Handelsstraßen eingeräumt zu erhalten, mit der österreichischen Regierung zu verständigen, allein da der Vertrag über die Natur dieser Verständigung oder den der Convention zu gebenden Inhalt sich nicht ausspricht, so perhorrescirt der Sultan alles, woraus ein Präjudiz für die Zukunft Bosniens und der Herzegowina, sei es, was die türkische Souveränität, sei es, was die Anerkennung der unbegrenzten Dauer der Occupation anbelangt, erwachsen könnte. Ob sich unter solchen Verhältnissen die Convention überhaupt noch werden zu Stande bringen lassen, nachdem Bedingungen, welche die Pforte stellt, von Oesterreich, jene aber, die letzteres stellt, von der Pforte zurückgewiesen werden, ist mehr als fraglich.

Bulgarischer Verfassungsentwurf.

Allmählig bringen einzelne Details über die von der russischen Regierung geplante zukünftige staatsrechtliche Organisation des neuen Fürstenthums Bulgariens in die Oeffentlichkeit. Es verlautet nun, daß die aus sämtlichen bulgarischen Bischöfen und 18 höheren Staatsbeamten und 30 Grundbesitzern bestehende Notablenversammlung demnächst nach Sofia oder Tirnowa (die Ortsfrage ist noch immer nicht definitiv entschieden) zur Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes einberufen werden wird. Die Volksvertretung soll nach russischem Plane durch eine Anzahl von Regierungsvertretern moderiert und gefügig gemacht werden. Die Kammer dürfte 200 Volksvertreter und 100 von der Regierung ernannte Deputierte zählen. Das Präsidium soll vom Reich der Initiative nicht zustehen. Beamte und Advokaten, welche gegenwärtig die Intelligenz des Volkes bilden, sollen vom passiven Wahlrechte ausgeschlossen bleiben. Das gegenwärtig die Geistlichen berechtigt, zu wählen und gewählt zu werden, weil man offenbar in denselben das geeignetste Element erblickt, auf die Berathungen

im konservativen Sinne einzuwirken, Professoren und Schullehrer sind als Staatsbeamte nicht wählbar. Die Pressefreiheit soll prinzipiell acceptiert, aber in der Durchführung wesentlich modificiert, zum Theile sogar direct beschränkt werden. Ohne Bewilligung der Presse soll keine Nummer eines Blattes erscheinen dürfen. Die Kritik der Regierungsacte soll nicht gestattet sein. Die Gerichte würden unabhängig und die Richter unabsetzbar sein. Die Verfassung wird von dem Richter unabhängig sein. Die Gemeinde-Autonomie soll eine beschränkte sein, und es soll geordnet werden, daß die Regierung die Wahlen in die Communalverwaltungen beeinflusse und ein Einmischungsrecht in allen Dingen erhalte.

Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Nationalversammlung den Wünschen der Regierung gemäß das Statut in diesem Sinne und Geiste beschließen wird. Auch die sogenannte Constituante, welche am Georgs-Tage, den 23. April 1879, einberufen werden soll, würde ganz wahrscheinlich keine radicalen Änderungen des ihr vorgelegten Verfassungsentwurfes vornehmen, da man rechtzeitig dafür sorgen wird, daß in der Versammlung bürgerliche Abgeordnete und andere gefügte Elemente numerisch vorherrschen. Es ist ganz klar, daß ein solcher „Ustab“ die Intelligenz in Bulgarien, welche nach wirklichen constitutionellen Einrichtungen strebt und denen die Verfassungen der ausländischen Völker als Ideal vorschweben, durchaus nicht befriedigen kann. Da aber der Opposition ein sehr geringes parlamentarisches Terrain gelassen wird, so sind die intelligenten Bulgaren schon jetzt auf traurige Erschütterungen und bedenkliche Stürme gefaßt.

Tagesneuigkeiten.

— (Wetternoth in Bosnien.) Aus Derwent wird dem „Fremdenblatt“ unter Mitte November geschrieben: „Die Bahnbau-Unternehmung hat Unglück mit ihren bisher vollendeten Strecken. Gleichwie Dalja-Brod durch das Regenwetter der letzten Wochen vollkommen zerstört sein soll, schwimmt auch die vollendete gewesene Theilstrecke Türkisch-Brod bis Luganski-Han über der halben Strecke gegen Derwent — im Wasser, — der Unter- wie Oberbau sind vollkommen ruiniert. Von einem Fertigwerden der Bahn nach Maglaj bis Ende November ist absolut keine Rede, wer weiß, ob dieselbe jemals Derwent befahrbar wird. Unsere Ingenieure, welche anfänglich spöttisch lächelten, als ihnen Einheimische versicherten, das Wetter werde den Arbeiten ein Ziel setzen, stimmen denselben jetzt schon zu. — Türkisch-Brod steht gänzlich im Wasser; die Bewohner haben die Häuser geräumt, und ein unabsehbares Meer wühlt sich um das sonst so belebte Nest aus. Leider erfordert das rapid wachsende Wasser auch viele Opfer. Abgesehen von acht zertrümmerten Flößen und zwölf weggeschwemmten Schiffsmühlen, verunglückten mehrere Korpauskutscher und Wagen mit der Ladung, und von ertrunkenen Pferden sieht man mehrere am Ufer der Save. Unter solchen Umständen darf man sich nicht wundern, wenn die Post tagelang ausbleibt oder mit vieltägiger Verspätung anlangt. Der Zustand der Straßen ist unbeschreiblich; bis über die Äschen sinken die Wagen in den Röhren, die Pferde können dieselben nicht herausziehen und gehen elend zugrunde. Ein von Serajewo angekommener Postconductor erzählt, daß er über 53 ertrunkene Pferde auf der Strecke gefunden habe und daß ihm selbst in Kotorzko zwei Pferde umgestanden seien. Deichsel- und Äschenbrüche sind auch bei den Postwagen nichts Seltenes, und es dürfte wol nichts anderes übrig bleiben, als den Frachtenverkehr so viel als möglich zu beschränken und Reitpost einzuführen. Uebrigens ist die Bestimmung getroffen, daß die Post jetzt nicht des Nachts fährt. Erreicht der Wagen 4 Uhr nachmittags eine Station, so hat er dort zu bleiben und zeitig früh fortzufahren. Um den Untiefen der Hauptstraße Brod-Serajewo auszuweichen, werden jetzt dort, wo sich sogenannte „alte türkische Straßen“ befinden, diese benutzt, weil dieselben nicht so sehr ausgefahren sind. Die rückmarschierenden Truppen haben zum größten Theile Derwent und auch die Save passiert. Trotz der durch das Wetter bedingten kolossalen Strapazen waren die Soldaten lustig und guter Dinge, weil es der Heimat zuzug. Dieselben haben sehr wenig Kranke.“

— (Ein Sonderling.) Vom Tode des Leibarztes Grafen Potocki kommen noch einige interessante Nachrichten aus Paris. Er starb am Dienstag früh in seinem Hotel der Avenue Friedland, und wie sich jetzt herausstellt, ist er nicht älter geworden als 84 Jahre. Er muß also in verhältnismäßig noch gar nicht so hohen Jahren es bereits verstanden haben, sich jenen greisenhaften Anschein zu geben, durch den es ihm so meisterhaft gelang, die Versicherungsgesellschaften zu dupieren. Als er am Montag seine Kräfte schwinden fühlte, sagte er zu seinen Freunden: „Nun, morgen werden die Versicherungsgesellschaften mir zu Ehren Champagner trinken.“ In der That hat, wie sich jetzt herausstellt, die Summe, die er jährlich in Form von Leibrenten von Gesellschaften bezogen, 4 Millionen Francs betragen. Außerdem hatte er übrigens von dem Vermögen, das er er-

erbt hatte, eine weitere jährliche Rente von 2 Millionen Francs. Als ein Sonderling, welcher der alte Graf durch und durch war, hatte er, obgleich er mit seinem Sohne — einem in Paris, zumal in Sportkreisen, sehr bekannten Herrn von bereits etwas vorgerückten Jahren — ganz gut stand, denselben doch vollständig enterbt. Er hatte sich sogar als englischer Unterthan naturalisieren lassen, um dies vollständig thun zu können. Ein Testament bestimmte, daß all sein Geld wohlthätigen Stiftungen zufallen sollte. Kurz vor seinem Tode machte man ihn darauf aufmerksam, daß er doch eigentlich eine sehr große Ungerechtigkeit gegen seinen Sohn beginge. Der Graf meinte, das sei am Ende richtig, und man möge einen Notar rufen. Der Notar kam, das Jahrzehnte alte Testament wurde verbrannt und ein neues aufgestellt, demzufolge der Sohn nun eine Jahresrente von 2 Millionen Francs erhält, während der Rest, also die ganzen aus den Millionenzahlungen der Versicherungsgesellschaften aufgehäuften Summen, doch den Armen zugute kommt.

— (Die neue Braut des Königs von Spanien.) König Alfonso von Spanien beabsichtigt, wie das „Journal des Débats“ meldet, die Prinzessin Christine, Schwester der verstorbenen Königin Mercedes, zu heiraten. Prinzessin Maria Christina Franziska de Paula Antonia ist die zweite Tochter des Herzogs von Montpensier — ihre ältere Schwester Isabella ist mit dem Grafen von Paris vermählt — und am 29. Oktober 1852 zu Sevilla geboren. Sie ist also beinahe acht Jahre vor ihrer verstorbenen Schwester Mercedes (geboren am 24. Juni 1860) geboren und auch älter als der König Alfonso, welcher am 28. v. M. das 21. Jahr vollendet hat. — Die „Estafette“ erklärt jedoch die vorstehende Nachricht des „J. d. Déb.“ für unrichtig und fügt hinzu, daß man in Madrid gegenwärtig kein neues Bündnis des Königs im Auge habe.

— (Die Millionäre in Preußen.) Wer zahlt die höchsten Einkommensteuern in Preußen? Auf diese gewichtige Frage gibt die soeben erschienene offizielle Nachweisung vonseiten des Finanzministeriums folgende interessante Antwort: In der 67. Stufe, bei einem Einkommen von 2340,000 bis einschließlich 2400,000 Mark und einem jährlichen Steuerertrag von 70,200 Mark gibt es nur eine Person, und zwar im Regierungsbezirk Wiesbaden den Freiherrn von Rothschild in Frankfurt a. M., in der 68. Stufe mit 68,400 Mark Steuer ebenfalls eine Person im Regierungsbezirk Wiesbaden, wie man glaubt, den Baquier Erlanger in Frankfurt a. M. Es folgen sodann im Regierungsbezirk Düsseldorf Krupp mit 56,400 Mark (in der Gründerzeit war Herr Krupp dem Baron v. Rothschild „über“); eine Person 39,600 Mark im Regierungsbezirk Oppeln, von Tiele-Winkler; eine Person mit 34,200 Mark in Berlin, und zwar der jüngst verstorbene Kommerzienrath Hedemann; je eine Person mit 32,400 Mark Steuer in Berlin v. Bleichröder und im Regierungsbezirk Oppeln Graf Hendel v. Donnersmarck; je eine Person mit 30,600 Mark in Berlin, Borfig'sche Erben, und Breslau; zwei Personen mit 27,000 Mark; eine Person mit 23,400 Mark im Regierungsbezirk Münster; eine Person mit 21,600 Mark in Berlin und drei Personen im Regierungsbezirk Köln (Freiherr v. Oppenheim, Graf Fürstenberg und Daniel) u. s. w.

Lokales.

— (Aus dem Landesausschusse.) In der Sitzung des krainischen Landesausschusses vom 29. v. M. wurde über folgende Gegenstände verhandelt: Das letzte erledigte Stipendium an der Landes-Hoch- und Weinbauschule in Slap wurde unter vier Bewerbern dem David Modic aus Soderšiz verliehen. — Dem k. k. Landesschulrathe wurde die Zustimmung zur Präsentation für die Besetzung der Oberlehrerstelle an der Volksschule in Heil-Krenz bei Thurn-Gallenstein durch Ignaz Benzaiz, dann der Lehrstellen an den Volksschulen in Töpliz, Treffen und Tschernembl durch Franz Kaliger, Jakob Gostisa und Franz Setina erklärt, ferner die Flüssigmachung der Kaiser Franz-Josefs-Stiftung pro 1877/78 mit 400 fl. für die gewerbliche Fortbildungsschule in Laibach, mit 130 fl. für jene in Rudolfswerth und mit 70 fl. für jene in Gottschee verfügt, außerdem ein Dotationsbeitrag aus dem Landesfonde per 300 fl. für die Rudolfswerther Gewerbeschule im Jahre 1879 zugesichert. — Den übereinstimmenden Anträgen des Orts- und Bezirksschulrathes entsprechend, stimmte der Landesausschuß der im Lehrplane für die allgemeinen Volksschulen begründeten Einführung des Unterrichtes in der deutschen Sprache in der 2. und 3. Klasse an der Volksschule in Sairach bei. — Ein Vergleichsantrag der k. k. Regierung zu compensativer Abrechnung des vom Landesausschusse für den Normalschulfond beim k. k. Reichsgerichte eingeklagten Aberjahl-Jahresbeitrages per 1297 fl. aus dem krainischen Studienfonde wurde abgelehnt. — Der Landtagsbeschluß über die halben Vorspanngebühren der Impfsärzte wurde den k. k. Bezirkshauptmannschaften mitgetheilt und die Besorgung der Impfstation Mariathal dem Impfsärzte in Massenfuß statt Vittai zugewiesen. — Der Hausverkauf der Gemeinde Trata wurde genehmigt, sowie die von den Gemeinde-Ausschüssen in Großdolina und Pradaßl beschlossenen Gemeindetagen. —

Der Gemeinde Slavina wurden in Genehmigung des Vertheilungsausweises der Unterstützungsbetrag per 200 fl. aus dem Landesfonde für Brandschäden der dortigen Zinsassen zahlbar angewiesen, und über verschiedene Beschwerden in Gemeinde-Angelegenheiten Vorverhebungen eingeleitet. — Dem Recurse der krainischen Industrie-gesellschaft gegen die ihr aufgebürdete Erhaltung eines Gemeindegeweges wurde stattgegeben, und dem Bezirksstrafenausschusse Wötkling eine einjährige Frist zur Rückzahlung eines Vorschußtheilbetrages per 200 fl. bewilligt.

— (Kinderhospital.) Freitag den 6. d. M. um 4 Uhr nachmittags findet im hiesigen städtischen Rathssaale eine Generalversammlung der Gründer und Wohlthäter des Elisabeth-Kinderhospitals in Laibach mit nachstehender Tagesordnung statt: 1.) Jahresbericht; 2.) Genehmigung der Rechnungen pro 1874, 1875, 1876 und 1877; 3.) Jahrespräliminare pro 1879; 4.) Wahl einer Stellvertreterin der obersten Schutzfrau; 5.) Einreichung eines Wohlthäters in die Zahl der Gründer; 6.) Erlassung von Dankschreiben; 7.) sonstige Wahlen: a) eines Obmannes; b) mehrerer Schutzdamen; c) dreier Verwaltungsräthe; d) eines Kassiers; e) eines Sekretärs; f) zweier Rechnungsrevisoren.

— (Zlatorog.) Herr Lewinsky, der mit seiner jüngst in Wien gehaltenen Vorlesung der slovenischen Triglav-Sage „Zlatorog“ von Rudolf Baumbach großen Beifall erzielt hat, wird dieses Epos über ergangene Einladung Samstag den 7. d. M. im Ressourcensale in Graz zum zweiten male vorlesen.

— (Schulz von Straßnitzki.) Die „Neue illustr. Ztg.“ vom 1. d. M. bringt das Porträt sowie eine eingehende Biographie des als Gelehrten und Pädagogen gleich berühmten Mathematikers und Astronomen Dr. Leopold Schulz von Straßnitzki, der bekanntlich vom Jahre 1827—34 als Professor der Mathematik am damaligen Lyceum in Laibach thätig war und dessen zahlreiche, noch jetzt in Krain lebende Schüler in wärmster Pietät ihres hochverehrten einstigen Lehrers gedenken. Schulz v. Straßnitzki war im Verlaufe seiner siebenjährigen lehramtlichen Thätigkeit in Laibach der geistige Brennpunkt unserer Stadt, um den sich das gesammte wissenschaftliche und künstlerische Leben unserer engeren Heimat concentrirte. Hier schrieb er auch seine beiden ersten größeren mathematischen Werke: „Die Elemente der reinen Mathematik“ und „Die Elemente der reinen Analysis“. In diese Zeit fällt auch die Bekanntschaft Schulz' mit dem unglücklichen Dichter Hilscher, auf den er einen großen Einfluß ausübte, der sich besonders in dessen meisterhaften Übertragungen Byrons und Moore's äußerte. So manche Zeitgenossen erinnern sich gewiß noch heute mit Vergnügen der fesselnden astronomischen Vorträge, die Schulz in jener Zeit in Laibach öffentlich hielt. Von hier aus kam der junge, kaum 30jährige Gelehrte als Universitätsprofessor nach Lemberg, und von dort im Jahre 1838 als Professor der Mathematik an das polytechnische Institut in Wien, welche Stelle er bis zu seinem im Juni 1852 erfolgten Tode in ehrenvollster Weise ausfüllte. Bekannt sind die großen Verdienste, die sich Schulz von Straßnitzki außer seinem fachwissenschaftlichen Wirken auch auf dem Gebiete der Pädagogik und speziell um die Hebung der damals noch sehr verfallenen socialen Stellung des österreichischen Volksschullehrerstandes erworben hat.

— (Aus dem Schwurgerichtssaale.) In der gestern vor dem hiesigen Schwurgerichtshofe durchgeführten Strafverhandlung wurde der Angeklagte Josef Kaurič von den Geschwornen des Verbrechens des Betruges einstimmig schuldig erkannt und vom Gerichtshofe zu zweijähriger schwerer Kerkerstrafe, verschärft durch einen Fasttag in jedem Monate, verurtheilt.

— (Gemeindevorsteherwahl.) Bei der infolge Rücktrittes des bisherigen Gemeindevorstehers Michael Arnez der Ortsgemeinde Streine am 10. v. M. stattgefundenen Neuwahl wurde der Grundbesitzer Franz Šlebir von Stolniß zum Gemeindevorsteher gewählt.

— (Süd- und Rudolfsbahn.) Dem Betriebsausweise der österreichischen Eisenbahnen für den Monat Oktober d. J. entnehmen wir bezüglich der unfer engeren Heimatland durchziehenden Verkehrsanstalten folgende Daten; Südbahn: Befördert wurden 701,821 Personen und 509,846 Tonnen Frachten; die Einnahme betrug 3,420,950 Gulden und war etwas niedriger als die Einnahme im Oktober 1877. — Rudolfsbahn: Befördert wurden 103,290 Personen und 109,519 Tonnen Frachten; die Einnahme betrug 362,416 Gulden und war etwas höher als im Oktober des Vorjahres.

— (Neue Telegrafestationen.) Die k. k. Telegrafendirection in Triest gibt uns bekannt, daß in der Herzegovina die Telegrafestation Bilek mit permanentem Dienste und in Bosnien die Telegrafestation Gradačac mit beschränktem Tagdienste, beide für den unbeschränkten telegrafischen Verkehr, eröffnet worden sind.

— (Fleischtarif für den Monat Dezember.) Das Kilogramm bester Qualität von Mastochsen kostet 54 kr., mittlerer Qualität 46 kr., geringster Qualität 38 kr.; von Kühen und Zugschafen kosten die drei Sorten Fleisch 48, 40 und 32 kr.

Aus dem Schwurgerichtssaale.

Laibach, 2. Dezember.

Vorsitzender: O. Pr. Gertscher; Botanten: die O. M. Ravnikar und Dr. Bidiz; Schriftführer: Auscultant Hauff; Vertreter der Staatsbehörde O. M. Persche; Verteidiger: Advokat Dr. Munda.

Auf der Anklagebank befindet sich der 28 Jahre alte Trappistenklosterbruder Josef Kocman aus Komon im Gerichtsbezirke Sessana. Der Angeklagte erzählt, er habe das Gymnasium und zum Theile die Theologie in Görz absolviert und sei schon vor drei Jahren, einem religiösen Drange folgend, in das Trappistenkloster Maria Stern nächst Banjaluka eingetreten. Nach einem halben Jahre sei er ausgetreten, da ihm die Felsarbeit zu schwierig war, und habe in Görz das Studium der Theologie fortgesetzt, sei aber schon nach einem Jahre wieder ins Trappistenkloster zurückgekehrt. Sein Vater war jedoch damit unzufrieden und nöthigte ihn, die Theologiestudien abermals fortzusetzen, damit er ihn einst unterstützen könne. Nach dem Tode seines Vaters trat er neuerdings ins Trappistenkloster ein, wo ihm vom Prior der Unterricht der daselbst erzogenen Waisenkinder zugewiesen wurde. In dieser Eigenschaft befand er sich am 14. August d. J. in dem genannten Kloster, an welchem Tage die Insurgenten das von den k. k. österreichischen Truppen nur schwach besetzte Banjaluka überfielen. Ein großer Theil der christlichen Bewohner Banjaluka's flüchtete sich in das etwa eine halbe Stunde von der Stadt entfernte Kloster, um dort sein Leben und die in Eile zusammengepackte Habe zu bergen. Unter den Flüchtlingen befand sich auch ein serbischer Händler Namens Pero Babič, welcher dem Prior Franz Pfaner eine Tasche zur Aufbewahrung übergab, in welcher sich viel Gold- und Silbermünzen befanden. Der Prior betraute den Angeklagten mit der Verwahrung der Tasche, worauf sie dieser unter der in den Keller führenden Stiege verbarg. Bald darauf wurde er vom Prior, da man einen Sturm der Insurgenten besorgte, beordert, sich in Begleitung eines zweiten Bruders mit den Waisenkinder in den nächstgelegenen Wald zu begeben und sich dort zu verbergen. Als nun tags darauf die Gefahr durch den Sieg der österreichischen Truppen beseitigt war, kehrte der Angeklagte mit den Waisenkinder wieder ins Kloster zurück. Obwohl nun der Prior den Mönchen das während der Gefahr aufgehobene Gebot des Stillschweigens wieder auferlegte, wodurch man der Anschauung sein konnte, daß nunmehr jede Gefahr beseitigt sei, hatte der Angeklagte Frater Ventramin — wie er im Kloster hieß — doch Furcht vor einem neuen Ueberfalle und faßte daher den Entschluß, sich jeder weiteren Gefahr durch die Flucht zu entziehen. Er eignete sich zu diesem Behufe das Säckchen mit Goldstücken an, doch leugnet er, daß mehr als 40 Dukaten darin gewesen seien. Vom Silber will er nichts entwendet haben. Am 16. August nahm er noch am gemeinschaftlichen Mittagessen theil und suchte sodann über Glasnica, Jasenovac nach Karlstadt das Weite. Der Angeklagte unternahm nun, wie er weiter erzählt, in Istrien, im Görzischen und schließlich in Krain verschiedene Reisen, wobei er mit den Dukaten nicht besonders haushälterisch umging. So gab er in Idria einer Kellnerin für einen Kuß einen Dukaten, dergleichen einem Stubenmädchen für ein in der Frühe ihm gebrachtes Glas Wasser. Auch in Oberlaibach prahlte er mit dem Golde und schenkte abermals einer Kellnerin einen Dukaten, ging von Gasthaus zu Gasthaus, bis ihn endlich die Gendarmen verhafteten. Angeklagter verteidigt sich schließlich damit, daß er völlig mittellos war und sich der Gefahr durch die Flucht entziehen wollte, da nahm er denn das Gold, verbiete doch auch Gottes Gebot nicht einem, der hungrig ist, sich zu sättigen, wo immer er das Brod finde. Daß er mehr als 40 Dukaten genommen habe, will er nicht zugestehen, auch widerruft er die beim Bezirksgerichte in Oberlaibach gemachte Aussage, daß er das Gold nur genommen habe, um seiner verarmten Familie aufzuhelfen.

Zur Verlesung gelangt die beim k. k. Brigadegerichte in Banjaluka aufgenommene beeidete Aussage des Pero Babič, welcher angibt, seine Tasche habe im ganzen an 1200 fl. in Geld enthalten, und es seien darunter 98 Stück Dukaten in einem Leinwandtäschchen verwahrt gewesen, welche gestohlen wurden, wodurch Babič einen Schaden von 570 fl. ö. W. erlitt.

Die Aussage des Trappistenpriors Pfaner geht dahin, daß er sogleich nach der Entdeckung des Diebstahles den Bestohlenen davon verständigt habe, welcher ihm die Verfolgung des Diebes überließ, die er auch sofort telegrafisch, jedoch erfolglos, einleitete. Im übrigen schildert der Prior den Angeklagten als einen sehr ordentlichen Mann und vorzüglichen Lehrer, dessen Verlust er bedauere. Auch von seiner Heimatgemeinde erhält der Angeklagte ein gutes Zeugnis mit der Bemerkung, daß er hier und da dem Weine gerne spreche. Bis nun ist der Angeklagte gerichtlich unbeurtheilt. Von den entwendeten 98 Dukaten wurden bei seiner Verhaftung noch 18 Stück vorgefunden; die in Idria und in Oberlaibach an Kellnerinnen verschenkten drei Stück wurden von den Betreffenden zurückgestellt, so daß im ganzen 21 Stück vorhanden sind.

Den Geschwornen wird nur eine den Diebstahl betreffende Hauptfrage vorgelegt. Der Vertreter der Staatsbehörde plaidiert für die Schuldigprechung seines Klienten durch Bejahung der Frage. Verteidiger Dr. Munda behauptet, sein Klient habe die That in der durch Angst und Furcht hervorgerufenen Unzurechnungsfähigkeit begangen und bestreitet, daß er mehr als 40 Dukaten entwendet habe.

Die Geschwornen (Obmann Dr. Meneinger) bejahen die an sie gestellte Frage einstimmig, jedoch mit dem Beisatze, die entwendete Summe habe weniger als 300 fl., jedoch mehr als 25 fl. betragen. Infolge dieses Erkenntnisses verurtheilt der Gerichtshof den Angeklagten zu vierzehn Monaten schweren Kerkers, verschärft mit einem Fasttage in jedem Monate, und zum Ersatze der Gerichtskosten.

Der Angeklagte erklärt, er werde nach ausgesetzter Strafe wieder ins Trappistenkloster zurückkehren, der Prior werde schon so hochherzig sein, ihm seinen Fehler zu verzeihen und ihn aufzunehmen.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laib. Zeitung.“)

Budapest, 2. Dezember. Der Budgetausschuß der österreichischen Delegation nahm nach lebhafter Debatte den Antrag Herbsts an, in die Verhandlung der Vorlage betreffs des Occupationskredites für 1879 nicht einzugehen, sondern zur Bedeckung für die Bedürfnisse der in Bosnien und der Herzegowina stehenden Truppen als außerordentliches Heereserfordernis für 1879 vorläufig 15 Millionen zu bewilligen. Für den etwaigen Mehrbedarf soll die verfassungsmäßige Zustimmung eingeholt werden.

Der Ausschuß verhandelte sodann über den Bericht des Referenten Schaup über das Budget des Außern. Graf Andrássy erklärte, der Bericht enthalte kein genaues Resumé der Verhandlungen, sondern sei eine Anklageschrift und ein förmliches Mißtrauensvotum; er werde demselben gegenüber seine constitutionellen Gefinnungen beweisen. Der Bericht wurde schließlich bei namentlicher Abstimmung mit 12 gegen 6 Stimmen unverändert vom Ausschuße angenommen. Morgen Plenarsitzung.

Prag, 1. Dezember. Die Einweihung der Podskal-Brücke nahm Kardinal Schwarzenberg in Abwesenheit des Bürgermeisters und vieler Stadtverordneten vor. Von Militär- und Zivilautoritäten, dann dem Adel war überhaupt niemand anwesend. Es erschienen bloß Krieger und Reithammer mit einem kleinen Bruchtheile einiger tschechischer Vereine; vor der Einweihung celebrierte Kardinal Schwarzenberg den Gottesdienst in der benachbarten Emauskirche.

Pest, 1. Dezember. (Presse.) Der Reichsrath wurde, wie bestimmt verlautet, auf den 10. d. M. einberufen.

Ragusa, 1. Dezember. FML. Jovanović wurde telegrafisch nach Wien berufen und ist heute mit dem Kanonenboote „Nautilus“ nach Triest abgereist.

Serajewo, 1. Dezember. (N. fr. Pr.) Heute wurde ein Armeebefehl publiciert, mittelst welchem Baron Philippovich von der Armee Abschied nimmt und das Kommando der in Bosnien und der Herzegowina zurückbleibenden Truppen an den Herzog von Württemberg übergibt. Zur persönlichen Verabschiedung versammelten sich um 11 Uhr vormittags sämtliche Offiziere und Beamte aller Grade Serajewo's im Hofe des Konaks. In der Ansprache, welche Baron Philippovich an die Versammelten hielt, hob er die besonderen Verdienste der Armee hervor, gedachte der kaiserlichen Auszeichnungen, die der Armee in ihrer Gesamtheit sowie vielen einzelnen Mitgliedern derselben zutheil geworden sind, und betonte, daß es ihn mit Stolz erfüllen müsse, eine solche Armee geführt zu haben. Mit Recht, sagte er, fühlt sich jeder Einzelne, Dank unseren Erfolgen, gehoben und mit Bewußtsein erfüllt. Das Selbstbewußtsein in edlem Sinne könne zu den höchsten und ruhmvollsten Ergebnissen für die Zukunft führen; es könne aber auch schädlich und verderblich werden, wenn es zu einer Art weiblicher Eitelkeit ausarte. Das Selbstgefühl in edlem Sinne bedinge nicht Ruhe und Lässigkeit, sondern Arbeit nach gethaner Arbeit. Er hoffe, daß die zweite Armee ein Selbstgefühl in edlem Sinne bewahren werde. Er nehme den innigsten Antheil an den Geschicken derselben und jedes Einzelnen. — Herzog von Württemberg erwiderte diese Ansprache, hob die ruhmreichen Thaten Philippovich' hervor und schloß mit einem Hoch auf denselben. Abends findet großer Zapfenstreich mit drei Musikbänden und bengalischer Beleuchtung des Kastells statt.

Rom, 2. Dezember. Die Behörden schließen alle Barsanti-Klubs.

Lahore, 1. Dezember. Der englische Provinzialzug wurde in den Rheiber-Paß zurückgeworfen. Ein Bergstamm griff die englischen Beobachtungsposten im Rheiber-Paß an. Die Abtheilung Roberts fand den Priwar-Paß von Afghanen besetzt.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 2. Dezember.

Papier-Rente 61 10. — Silber-Rente 62 35. — Gold-Rente 71 50. — 1860er Staats-Anlehen 112 80. — Bank-Rente 787. — Kredit-Aktien 229. — London 116 40. — Silber 100. — k. l. Münz-Dukaten 5 56. — 20-Franken-Stücke 9 31. — 100 Reichsmark 57 50.

Theater.

Heute (gerader Tag): Der närrische Schürer. Originalposse mit Gesang in fünf Abtheilungen von D. F. Berg. Musik von Willstätter.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Dezember	Seit	Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reduziert	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Nacht des Tages	Wetter	Wetter nach
7. U. M.	728.48	+ 2.6	S. schwach	bewölkt	0.00			
2. 2. „ M.	727.67	+ 4.8	D. schwach	bewölkt				
9. „ M.	728.83	+ 3.4	D. schwach	bewölkt				

Tagsüber leichte Bewölkung, abwechselnd Sonnenschein. Das Tagesmittel der Wärme + 3.6°, um 2.3° über dem Normalen.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Gutes Klavier

wird für die Wintermonate zu mieten gesucht. Adressen an die Administration dieser Zeitung.

Börsenbericht. Wien, 30. November. (1 Uhr.) Sehr fest im Grundzuge seines Charakters und bei theilweise gebesserten Kursen blieb das Geschäft doch in seiner Ausdehnung beschränkt.

Papierrente	61.15	61.25	Galizien	83.75	84.25	Galizische Karl-Ludwig-Bahn	235.50	236.00	Österr. Nordwest-Bahn	85.00	85.25
Silberrente	62.25	62.35	Siebenbürgen	73.15	74.00	Kaschau-Oderberger Bahn	101.50	102.00	Siebenbürger Bahn	64.25	64.50
Goldrente	71.85	71.95	Temeser Banat	74.75	75.50	Bemberg-Gernowitzer Bahn	124.00	125.00	Staatsbahn 1. Em.	155.75	156.00
Loose, 1839	339.00	341.00	Ungarn	78.50	79.50	Lloyd-Gesellschaft	578.00	580.00	Staatsbahn 2. Em.	111.00	111.25
„ 1854	107.00	107.50	Aktien von Banken.			Dejter. Nordwestbahn	109.50	110.00	Südbahn à 3%	95.50	95.75
„ 1860	112.75	113.00	Anglo-österr. Bank	98.25	98.50	Rudolfs-Bahn	115.00	115.50	Südbahn, Bons	5.00	5.25
„ 1860 (Fünftel)	122.50	123.00	Kreditanstalt	229.00	229.25	Staatsbahn	253.50	254.00	Devisen.		
„ 1864	143.25	143.40	Depositenbank	160.00	162.00	Südbahn	69.00	69.25	Auf deutsche Plätze	56.80	56.90
Ang. Prämien-Anl.	81.75	82.00	Kreditanstalt, ungar.	212.00	212.25	Therz-Bahn	186.00	187.00	London, kurze Sicht	116.30	116.40
Kredit-L.	163.00	163.25	Nationalbank	788.00	790.00	Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	81.00	82.00	London, lange Sicht	116.70	116.80
Rudolfs-B.	14.75	15.25	Unionbank	67.50	68.00	Ungarische Nordostbahn	113.00	113.50	Paris	46.25	46.50
Prämienanl. der Stadt Wien	90.75	91.00	Verkehrsbank	100.00	101.00	Wiener Tramway-Gesellsch.	159.00	159.50	Geldsorten.		
Donau-Regulierungs-Lose	104.90	105.30	Wiener Bankverein	105.00	105.25	Öst. Bodenkreditanst. (i. Gd.)	110.00	110.50	Dukaten	5 fl. 57	fr. 5 fl. 58
Domänen-Pfandbriefe	140.25	140.75	Aktien von Transport-Unternehmungen.			„ (i. B.-B.)	93.60	93.90	Napoleonsd'or	9 „ 31 1/2	9 „ 32
Österreichische Schatzscheine	97.75	98.00	Alsbld-Bahn	115.00	115.50	Nationalbank	99.10	99.30	Deutsche Reichsbanknoten	57 „ 55	57 „ 60
Ang. öperz. Goldrente	83.70	83.80	Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	490.00	491.00	Ang. Bodenkredit-Anst. (B.-B.)	94.40	94.70	Silbergulden	100 „	100 „
Ang. Eisenbahn-Anl.	98.50	98.75	Elisabeth-Westbahn	159.50	160.00	Prioritäts-Obligationen.			Grundentlastungs-Obligationen.		
Ang. Schatzbons vom J. 1874	113.25	113.50	Ferdinands-Nordbahn	2015.00	2020.00	Elisabeth-B. 1. Em.	92.00	92.50	Böhmen	102.75	103.25
Anlehen der Stadtgemeinde Wien in B. B.	94.75	95.00	Franz-Joseph-Bahn	129.00	129.50	Ferd.-Nordb. in Silber	103.75	104.00	Niederösterreich	104.25	104.75

Grundentlastungs-Obligationen. Böhmen 102.75 103.25, Niederösterreich 104.25 104.75. **Wachtag:** Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 61.15 bis 61.25, Silberrente 62.25 bis 62.35, Goldrente 71.85 bis 71.95, Kredit 229.10 bis 229.20, Anglo 98.25 bis 98.50, London 116.30 bis 116.80, Napoleons 9.31 bis 9.32, Silber 100.00 bis 100.00.